

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 532.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Bezirke 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Geschäfts-Belegungen: Halle'sche Zeitung (Halle), Anhaltische Landeszeitung (Mansfeld), Anhaltische Landeszeitung (Mansfeld), Anhaltische Landeszeitung (Mansfeld), Anhaltische Landeszeitung (Mansfeld).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die telegraphische Fernschlüssel oder deren Raum für Halle und den Bezirke 20 Pfennig, andernorts 30 Pfennig. — Bestellungen am besten bei den nächsten Kassen der Halle 100 Pfennig. Abgabegebühren für die Expedition in Halle (Halle) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Telefax: Dr. Straßmann-Telephon, Halle (Saale).

Mittwoch, 12. November 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 6200. Druck und Verlag von Otto Ciesla, Halle (Saale).

### Grenzpolitik.

Der preussische Minister des Innern hat den Regierungspräsidenten in Schleswig angeboten, die Verfügung, durch welche dem Forschungsreisenden Knud Amundsen verboten wurde, in Hensburg einen Vortrag in norwegischer Sprache zu halten, zurückzunehmen. Damit hat ein Zwischenfall seine Erledigung gefunden, der natürlich dem Auslande wie gerufen gekommen war. Das war doch wieder einmal eine Geschichte, mit der man die deutsche Grenzmarkenpolitik „bis auf die Knochen klammern“ konnte, als die Vertreter einer bornierten Barbarei, die zwischen einem weltberühmten norwegischen Forschungsreisenden und einem dänischen Agitator nicht zu unterscheiden vermochte, weil sie jede Bestimmung verliert, wenn irgendwo in der Nordmark die dänisch-norwegische Sprache erklingen soll. So könnte es tatsächlich in lieblichem Chor aus dem größten Teil der Auslandspresse, und auch bei uns gibt es natürlich wieder Leute, die sich für ihr Vaterland und speziell für die preussische Grenzpolitik wieder einmal „zu Tode schämen“ wollten, weil sie sich ja gar nicht zu ihrer Kulturhöhe emporschwingen kann. Kennt man jedoch auch nur einigermaßen die in Frage kommenden Verhältnisse, und betrachtet man sie unbefangenen Auges, so wird man lediglich zu dem Ergebnis kommen, daß die Verurteilung Amundsens zu diesem Vortrage ein außerordentlich geschickter Schachzug der dänischen Agitatoren in Schleswig, und daß es für den zuständigen Regierungsbeamten eine sehr peinliche Aufgabe war, gerade diesen Vortrag zu verbieten. Amundsen, der am 14. Dezember 1911 den Südpol erreicht hat und dadurch, wenn auch seine Expedition von einem geradezu märchenhaften Glück getragen war, einen unsterblichen Forschernamen sich geschaffen hat, ist, als er feierlich in einer Festung der Berliner Geographischen Gesellschaft in der überfüllten neuen Aula der Berliner Universität seinen Bericht erstattete, wie ein Herrscher geehrt und mit den höchsten Auszeichnungen bedacht worden, nach denen der Ereignis des erfolgreichsten Forschers überhaupt streben kann. Sogar ein deutscher Bundesfürst befand sich damals unter den beifallsfreudigen Hörern. Einem solchen Manne nun, der tatsächlich nur ganz unvollkommen deutsch spricht und jedenfalls das freie Wort in deutscher Sprache nicht mächtig ist, das Auftreten in seiner Muttersprache in demjenigen Teile Deutschlands zu verbieten, in dem ein großer Teil der Bevölkerung diese Muttersprache versteht, das war tatsächlich nicht ganz bequem, schon, weil mit absoluter Sicherheit auf tendenziöse und gebihrliche Entstellung des Sachverhaltes zu rechnen war.

Doch es sich in Wirklichkeit um einen wohlbedachten Kniff der dänischen Agitation gehandelt hat, unterliegt kaum einem Zweifel. Denn diese Verurteilung bewegt sich ganz in der Linie der sonstigen Kampfesweise des dänischen Fremdenhasses. Für diese Kampfesweise ist es bezeichnend und bestimmend, daß das dänische Element nicht gerade in Hensburg selbst, wohl aber im ganzen Hinterlande das wirtschaftlich stärkere und das gesellschaftlich dominierende ist, wie denn auch die dänische Agitation im allgemeinen den Stempel eines probuzierenden Sozialismus trägt. Da bot nun ein Vortrag des berühmten Amundsens eine vortreffliche Gelegenheit zu einer glänzenden Veranstaltung von exklusiv dänischem Charakter, und mit der norwegischen Sprache, die befaßlich mit der dänischen fast identisch ist, wenn sie sich auch von dem „hüljütschen“ Dialekt recht erheblich unterscheidet, konnte man dem Landrat und Regierungspräsidenten oberdänisch fügen. Da Amundsen an diesen Gedankengängen unbeteiligt und unschuldig war, ist ohne weiteres glaubhaft. Aber daß sie für die dänischen Mächte bestimmend gewesen sind, kann nur verkennen, wer von den Dingen in Nordholschwig gar nichts weiß oder die Augen abblinzt. Leider wird unsere Grenzpolitik durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Westen und Osten eben so erschwert wie im Norden. Die preussische Monarchie und das Deutsche Reich sind stark genug, um eine solche Angelegenheit wie den Zwischenfall Amundsens mit vornehmer Gelte an bagatelle zu behandeln, wie es nun

auch geschieht. Woran unermüdet und zielbewußt gearbeitet werden muß, ist aber die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärkung des deutschen Elements in den Grenzmarken, das vielfach noch eine sehr schwere Stellung hat, und das daher die Dinge naturgemäß unter etwas anderen Gesichtspunkten ansehen muß, als man sie in Berlin oder sonst im Herzen Deutschlands beim unter rein deutscher Bevölkerung ansieht.

### Deutsches Reich.

#### Zu den Vorgängen in Javern.

Das Straßburger Generalkommando hat eine Unternehmung über die in der Presse behaupteten Vorfälle beim Infanterie-Regiment Nr. 99 in Javern angeordnet, bei der sämtliche Regimenter gerichtlich vernommen sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß Leutnant Freiherr von Forstner beim Exerzieren am 28. Oktober dieses Jahres einen wegen unerlaubten Waffentragens und groben Ungehorsams bei seinem Dienstvertritte bestraften Rekruten in Gegenwart der Korporalschaft ermordet hat. Streitigkeiten mit Zivilpersonen und Schlägereien zu vermeiden. Dabei sagte er ihm folgendes: „Nehmen Sie sich in acht, wenn Sie jetzt allein in die Stadt gehen. Sie scheinen zu Schlägereien zu neigen und können in Javern leicht zu einer solchen kommen. Semmen Sie also Ihren Leutenrang.“ Hieran knüpfte er eine Belehrung, wobei der Rekrut sich dagegen zu verhalten habe, wenn er angegriffen wird, und sagte ihm: „Wenn Sie aber angegriffen werden, dann machen Sie von Ihrer Waffe Gebrauch. Wenn Sie dabei zu einen Wades niederstehen, dann bekommen Sie von mir noch 10 Mark.“ Der Korporalsführer fügte hinzu: „Und von mir außerdem noch 3 Mark.“ Aus diesem Zusammenhang geht hervor, daß es ausgeschlossen ist, daß der Leutnant mit dem getrauten Ausdruck die elfstättige Bevölkerung allgemein bezieht, daß er vielmehr mit dem Ausdruck „zu einen Wades“ nur streitfällige Persönlichkeiten und Raufbolde gemeint hat.

### Kleinere politische Nachrichten.

- \* Der Kaiser stattete Dienstag nachmittag der Witwe des Geheimen Kommerzienrates Goldberger einen Besuch ab.
- \* König Ludwig III. hat an den Oberbürgermeister von München Geheimen Rat Dr. v. Vorhoff folgendes Handschreiben gerichtet: „Ich finde mich benommen aus Anlaß der morgen stattfindenden Feier Meiner Ehrenbürgerung aus den zu Meiner Verfügung stehenden Wohlthatenleistungen den Betrag von 10 000 Mark zur Verteilung unter die Armen der Stadt München zu bestimmen.“
- \* Nach einem Bericht des Herrn Oberbürgermeister, die Verteilung alsbald durchzuführen. Die Gostake ist zur Auszahlung der Summe von 10 000 Mark angewiesen. München, 11. November. (geg.): Ludwig.
- \* Reichskanzler von Bethmann Hollweg empfing Montag nachmittag den russischen Botschafter von Sverbejev. Sverbejev hat für deutschen Grundbesitz. Am Kaiserhof des Bundesratsbeschlusses zu Berlin wurde Dienstag mittig die Delegiertenversammlung des Schubverbandes für deutschen Grundbesitz durch den Vorsitzenden fürsten zu Salm-Horstmar eröffnet. Der Vorsitzende begrüßte die überaus stark besuchte Versammlung und ließ die Vertreter der staatlichen Behörden, darunter diejenigen aus dem Reichsjustizamt, des preussischen und des bayerischen Ministeriums des Innern sowie eine große Anzahl von Abgeordneten der verschiedenen Parteien willkommen. Redner hoffte, daß auch bei den Behörden der Schubverband Interesse, jedoch Sympathien und endlich Vertrauen gewinne. Fürsten zu Salm schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, die Bundesfürsten und die freien Städte. Sodann begann der geschäftliche Teil der Verhandlungen.
- \* Sokolowskis Aufenthalt in Berlin. Die „Allg. Ztg.“ meldet aus Berlin: Es befindet sich, daß der russische Ministerpräsident Sokolow von Wladimir Wilhelms Pariser Aufenthalts drei Tage, vermutlich vom 16. bis 18. November, in Berlin weilen wird. Selbstverständlich wird der russische Ministerpräsident während seines Aufenthalts auch Gelegenheit zur Begegnung mit deutschen Staatsmännern haben.
- \* Freireisenden. Wie die „Brandenburgische Landeszeitung“ mittelt, hatte der Syndikus des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhm e, gegen einen konservativen Bauernbundesführer Klage erhoben, weil dieser geäußert hatte, Dr. Böhm e nehme es für die Wahrheit nicht so genau. Dr. Böhm e hatte nämlich über die Steuerleistung des Bauernbundes eine sehr scharfe Bemerkung gemacht, die nicht zu treffen war. Das zuständige Gericht sprach den angeklagten Hofbesitzer frei mit der Begründung, daß dem Bewußtsein der Schuld des § 193 zuwiderliege, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Klageurteilung des Dr. Böhm e über die Person des Bewußtseins seien nicht auf treffend gewesen; deshalb habe dem Bewußtseins das Recht anerkannt werden müssen, sie zu widerlegen.

### Ausland.

#### Rom Vulkan.

Ein auswärtiges Morgenblatt brachte eine Meldung, wonach in dem neuerrichteten Gebiete Rumänien's Bauernunruhen ausgebrochen seien. Demgegenüber erklärt die rumänische Regierung mit größtem Nachdruck, daß diese Nachricht vollständig unwarhaft sei. Im ganzen Lande herrsche größte Ruhe, es liege keinerlei Anlaß zu irgendwelchen militärischen Maßnahmen vor. In den neuerrichteten Gebieten Rumänien's vollziehe sich die Organisation der Verwaltung und der Justiz in vollstündiger Ruhe und Ordnung. Die serbisch-bulgarische Kommission, welche die Streitfrage über den Besitz des Forts Bogodaria entscheiden sollte, hat ihre Entscheidung zugunsten Serbiens gefällt. Derselbe Kommission wird jetzt darüber entscheiden, wenn Zeitpunkte zufallen soll.

#### Belgien und der Krupp-Prozess.

Das belgische Abgeordnetenhaus und der Senat sind am Dienstag zur ordentlichen Session zusammengetreten. Auf Anfrage eines liberalen Abgeordneten in der Kammer erklärte der Kriegsminister, daß hinsichtlich der Wohnung des Krupp-Prozesses Briefe betreffend Belgien beschlagnahmt worden seien. Dies sei nicht auffallend, da von Wehen die Firma Krupp mehrere Jahre in Belgien vertreten habe. Lieber den Inhalt dieser Dokumente könne er nichts erfahren, da sie sich in den Händen des Gerichts befinden.

#### Die Situation in Böhmen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus beantwortete der Ministerpräsident eine Interpellation betreffend die Einsetzung der Landesverwaltungs-Kommission in Böhmen. Der Ministerpräsident wies auf die durch die Bismarck des böhmischen Landtages hervorgerufene kritische Situation der Landesfinanzen sowie auf das Scheitern der Bemühungen der Regierung nach Ermöglichung der Landesverwaltungs-Kommission hin. Das amtliche Patent vom 28. Juni bezog keine Veränderung der Verfassung, sondern löste nur die Landesverwaltung und verwirklichte damit die Zwecke der langgehegten verfassungsmäßigen Einrichtung selbst. Der Ministerpräsident begründete insbesondere die Notwendigkeit der Einsetzung der Landesverwaltungs-Kommission und erklärte, die Regierung sei bemüht, an der bisherigen Verfassung einen Aufbruch der Verwirklichung der Ächtung des Landes zu erwirken. Die Regierung betrachte es als ihre erste Pflicht, eine Umänderung der Verfassung Nationalitäten anzubahnen. Auf diesem Boden werde auch die gegenseitige Aussprache und Einigung über die Grundzüge einer neuen Verfassungsordnung angebahnt werden müssen, welche die Regierung als einen unerlässlichen Bestandteil der nationalpolitischen Neuordnung in Böhmen ansehe. Sodann wurde die Eröffnung der Debatte über die Beantwortung der Interpellation beschlossen.

#### Die Union und Mexiko.

Ein Telegramm aus Mexiko meldet, daß die Zurückziehung von Geld aus der Bank von London und Mexiko und der Nationalbank gelten eine beträchtliche Höhe erreicht. In mehreren Straßen bildeten die Leute, die ihr Geld zurück haben wollten, lange Reihen. Der Direktor der Nationalbank erklärte, daß die meisten der Geldbesitzer keine Sparrer gewesen sind. Wie aus Veracruz gemeldet wird, ist der amerikanische ungeschlichtete Kreuzer „Helix“ von dort südlich nach Turpan abgegangen, da die Aufständischen im Begriff seien, diese Stadt anzugreifen und die Anwesenheit des Kriegsschiffes zum Schutze der Fremden dort notwendig sei.

#### Amerikanische Zollmaßnahmen.

Die fünfprozentige Zollbergung ist nunmehr durch eine Verfügung des amerikanischen Generalstaatsanwalts und des Schatzamts völlig außer Kraft gesetzt worden. Die Zollverpflichtung habe sich als unausführbar erwiesen wegen der Bestimmung des Zolltariffes, daß die Bergung nur für den Fall eintreten soll, daß die internationalen Verträge nicht widerspricht.

### Luffahrt.

#### Berechnung der Lufflotte.

Die „R. p. C.“ teilt aus authentischer Quelle Nachfolgendes über die Berechnung unserer Lufflotte mit: Die Lufflotte der Armee soll demnächst um vier neue Luftschiffe vermehrt werden. Die Abnahme eines neuen Ballonluftschiffes aus der Flotte. Das neue Militär-Luftschiff Nr. 4 soll eine Geschwindigkeit von über 30 Stundenmeilen erreicht haben. Die Abnahme eines neuen Ballonluftschiffes (L. 6) ist in den nächsten Wochen zu erwarten. Die eines neuen Schiffe-Luftschiffes wird voraussichtlich in 8 bis 10 Wochen stattfinden.

#### Militärflieger unterwegs.

Am Dienstag um 9 Uhr 25 Min. ist der Mars-Doppeldecker Nr. 78 mit Leutnant Hunz und Leutnant Klotz von Görlitz





